

## Schwerpunkt Aktuelles zum Coronavirus

Maskenpflicht ignoriert  
Besuchsverbot  
im Landesspital

**VADUZ** Im Landesspital gilt ab Montag, den 29. November ein Besuchsverbot. «Aufgrund der ansteigenden Fallzahlen, der hoch ansteckenden Delta-Mutation sowie des hohen Personenaufkommens bei uns vor Ort, wurde dieser Schritt beschlossen», teilten die Verantwortlichen gestern mit. Zudem hätten sich nicht alle Besucher an die Maskenpflicht gehalten. So hätten manche die Maske im Patientenzimmer ausgezogen. «Dies ist ein grosses Risiko, welches wir in der aktuellen Situation nicht verantworten können», heisst es weiter. Vom Besuchsverbot ausgenommen sind Eltern von Kindern, Begleitpersonen von unterstützungsbedürftigen Personen sowie Angehörige von Palliativpatienten. Besuchende, welche die Ausnahmeregelung erfüllen, müssen bei Zutritt ein gültiges Covid-Zertifikat vorweisen. Es gilt im gesamten Spital eine Maskenpflicht (FFP2-Masken). Erst diesen Montag wurden die Zutrittsregeln ins Spital verschärft und eine 3G-Pflicht eingeführt. (red/pd)

Situationsbericht  
53 weitere  
Coronafälle

**VADUZ** Innerhalb eines Tages wurden 54 weitere Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Per Donnerstagabend befanden sich 8 Covid-19-Patienten im Spital. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden durchschnittlich 54,6 neue Fälle pro Tag gemeldet. In den sieben Tagen zuvor waren es im Durchschnitt täglich 38,1 neue Fälle. Aktiv mit dem Coronavirus infiziert sind aktuell 394 Personen, davon befanden sich Stand Donnerstagabend 8 Personen im Spital. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 4413 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 3958 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 61 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 982 Fällen. Die auf 100 000 Einwohner hochgerechnete 14-Tages-Inzidenz beläuft sich auf 1668 Fälle. (red)

## «Impfpflicht» zur Unzeit

**Leitartikel** Eine Impfpflicht ist weder geeignet, noch das gelindeste Mittel, um unser akutes Corona-Problem zu lösen. Und nach dieser Welle ist sie wohl bereits obsolet. Die Debatte darüber kommt zudem zur Unzeit und könnte mehr schaden als sie nützt.

VON DAVID SELE

**P**flichten verletzen Rechte. Das muss so sein, sonst wären es keine Pflichten. Junge Männer werden in der Schweiz beispielsweise in ihrem Recht auf eine freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit eingeschränkt. Sie müssen Karriere- oder Familienpläne zurückstellen, um den Militärdienst zu absolvieren. Das Bedürfnis der Allgemeinheit, sich im Kriegsfall selbst verteidigen zu können, wird höher gewichtet. Egal wie illusionistisch es ist. Freilich lässt sich also über die Sinnhaftigkeit dieser Pflicht streiten. Doch es gibt sie. Wer sich verweigert, muss Geldstrafen zahlen und kann sogar im Knast landen.

Angesichts des massiven Eingriffs in die persönlichen Rechte durch die Militärflicht, wirkt die aktuelle Debatte über eine Impfpflicht zur Bewältigung der Pandemie völlig dramatisiert. Es mag an der Verzweiflung liegen: Die einen, die sich nicht impfen lassen wollen. Die anderen, die sich von den Ungeimpften in Geiselnhaft genommen fühlen.

Haben wir alles versucht?

«Wir hatten die Lösung in der Hand», sagte Regierungschef Daniel Risch kürzlich. Und er hat recht. Wer aber eine Impfpflicht fordert, muss nach vorne schauen. Richtig ist nämlich auch, dass uns eine Impfpflicht jetzt nicht mehr aus dieser Welle retten kann. Bis sie beschlossen, eingeführt und durchgesetzt wäre, ist die Welle vorbei. Ob danach überhaupt noch mehr Impfungen benötigt werden, wird sich zeigen. Viele Ungeimpfte werden sich bis zum Ende dieser Welle infizieren. Einige davon müssen ins Spital, landen auf der Intensivstation und werden sterben. Jene, die freiwillig ungeimpft geblieben sind, nehmen das in Kauf. Für einige wenige, die sich nicht impfen lassen können, bleibt Corona eine Schicksalsfrage. Hin wie her wird die Immunisierungsquote nach dieser Welle höher sein als zuvor.

Eine Impfpflicht wäre also nur dann ein geeignetes Mittel, wenn wenig immunisiert sind und man

vor einer Infektionswelle steht. Aber wäre sie auch das gelindeste Mittel, um die Impfquote zu steigern? Haben wir wirklich alles versucht?

Zumindest für Liechtenstein ist diese Frage ganz klar mit Nein zu beantworten. Massnahmen, die auch einen gewissen Impfdruck erzeugen, wurden viel zu spät (3G) oder gar nicht (2G) ergriffen. Nach Einführung von 3G knickte die Regierung bei der Übernahme der Testkosten für einen weiteren Monat ein, weil es «dem Land guttut». Die Werbe- und Informationskampagne für die Impfung kam immer wieder zu spät und wirkte halbherzig. Und das Angebot war lückenhaft: Es gab seit Sommer mehrere Phasen, in denen Erstimpfungen in Liechtenstein kaum oder gar nicht möglich waren.

Bevor eine Impfpflicht in Betracht gezogen wird, müssten überdies Anreize geprüft werden. 300 Franken für jeden Geimpften. Mancherorts brachte das Erfolg. Oder eine Lotterrie? Die Ideen und Praxisbeispiele sind endlos und oft stupide. Erwogen oder gar erprobt wurden sie jedoch nicht.

Wie weit will man gehen?

Wenn alles versucht wurde, aber nichts gewirkt hat, dann können wir über die Impfpflicht reden. Und auch über die Durchführbarkeit. Wie weit will man gehen? Eine Pflicht ist nämlich nur eine Pflicht, wenn sie auch durchgesetzt wird. Ohne Wenn und Aber. Verweigerer mit einer Ordnungsbuss zu strafen, reicht nicht. Denn dann wäre es eine Impfpflicht für Arme, die Reichen kaufen sich frei. Das heisst im Umkehrschluss, nur eine Impfpflicht mit Zwang wäre auch gerecht.

Ein Impfwang wird in einer liberalen Gesellschaft an der Durchsetzung scheitern. Der frühere Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini sagte vor fast genau einem Jahr während seiner letzten Landtagsitzung: «Wie soll man das denn machen? Man kann ja nicht Leute auf der Strasse einfangen und impfen.» Ja, ich hoffe, das kann man wirklich nicht. Doch bereits eine Impfpflicht



(Foto: Keystone/Michael Buholzer)

ohne physische Zwangsmassnahmen hätte Begleiteffekte, die in Anbetracht der heutigen Lage unverhältnismässig wären.

Seit Anbeginn werden die Corona-Protestbewegungen von extremistischen Gruppierungen unterwandert. Rechtsextremisten, Reichsbürger, Verschwörungsideologen, religiöse Fanatiker und dergleichen wissen diesen Nährboden erfolgreich zu nutzen. Ganz normale Menschen verbreiten heute wahnwitzigen, gefährlichen Unsinn. Sie sind noch nicht verloren. Eine Impfpflicht kann sie aber noch weiter in die Arme der extremen Spinner treiben.

Wer sich nicht impfen lassen will, wird durch eine Impfpflicht bedroht. Je nach Strafmass kann diese Bedrohung so massiv wirken, dass sie die Betroffenen immer weiter in die Ecke drängt. Und wer keinen Ausweg sieht, agiert irrational und unberechenbar. Das ist brandgefährlich.

Dieser Begleiteffekt einer Radikalisierung in Kauf zu nehmen, ist nur dann verhältnismässig, wenn eine Impfpflicht geeignet, durchführbar und das gelindeste Mittel ist.

Falscher Zeitpunkt

Besonders Paradox ist aber, dass momentan von diversen Akteuren eine Debatte vom Zaun gebrochen wird, die genau diesen radikalisierenden Begleiteffekt ebenfalls befeuert - und die Politik viel Glaubwürdigkeit kosten könnte.

Ausschlaggebend ist ein Meisterstück österreichischer Ankündigungspolitik. «Österreich führt Impfpflicht ein», so die Schlagzeilen. Doch das ist falsch. Beschlossen ist gar nichts. Ob und wie sie eine Impfpflicht umsetzen könnte, weiss Österreichs Regierung selbst nicht. Das müssten jetzt mal Experten prüfen, meinte Kanzler Schallenberg am Abend nach der vollmundigen Ankündigung gegenüber dem ORF. Ich behaupte: Diese Impfpflicht wird nicht kommen.

Doch jetzt soll auch der Liechtensteiner Landtag über eine Impfpflicht diskutieren, findet die Freie Liste. Dabei hat ein guter Teil der Abgeordneten die Coronafragestunden im Herbst - damals hätte eine Impfpflicht uns vor der Winterwelle vielleicht sogar bewahren können - vielfach mit repetitiven, oft belanglosen und vereinzelt effektheischenden Fragen gefüllt. Die Regierung lieferte Antworten, die aufmerksame Zeitungsleser auch selbst gekannt hätten. Erhellende Kommentare zu den konstruktiven Voten der Landtagsabgeordneten blieben zumeist aus.

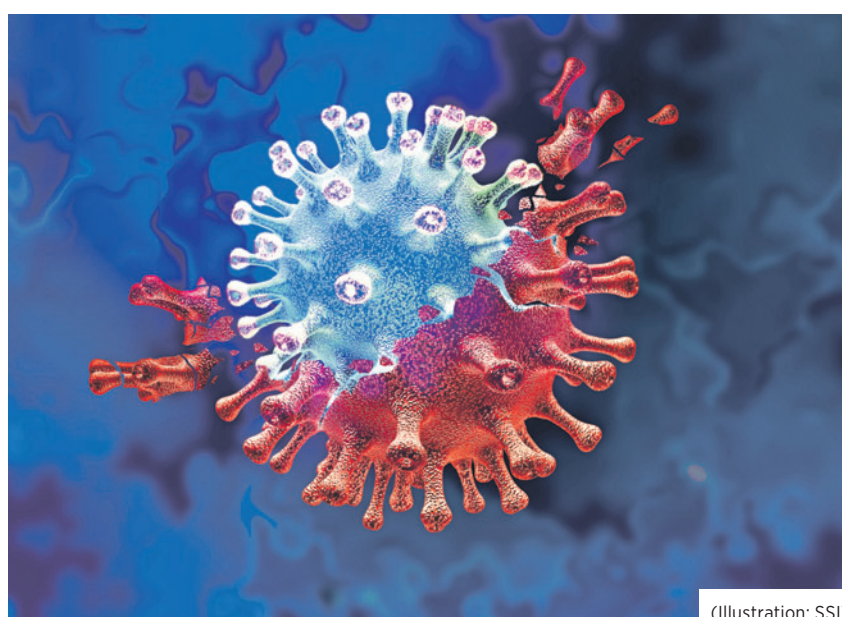
Aber ausgerechnet jetzt, wenn Krisenmanagement gefragt wäre, soll eine Grundsatzdiskussion gestartet werden, die zur Lösung des akuten Problems rein gar nichts beitragen kann und wird. Dabei gäbe es durchaus eine Pflicht, die uns in der heutigen Situation helfen würde: Nämlich die Verpflichtung zur Teilnahme an den Spucktests in den Schulen und Betrieben. Dies hätte wenigstens einen sofortigen epidemiologischen Nutzen, weil so mehr Kontrolle über das Infektionsgeschehen gewonnen werden könnte.

## Schweiz erlässt wegen neuer Virusvariante Einreiseverbote

**Corona** Wegen einer neuen Coronavirus-Variante werden alle Direktflüge aus der Region des südlichen Afrikas in die Schweiz verboten. Personen ohne Schweizer Aufenthaltserlaubnis können zudem aus neun Ländern nicht mehr in die Schweiz einreisen.

Die verschärften Einreiseregeln gelten demnach ab 20.00 Uhr. Bis zum frühen Abend wurde in der Schweiz allerdings noch kein Fall der neuen Variante nachgewiesen.

Konkret gilt ein Einreisestopp für Reisende aus Botsuana, Eswatini, Hongkong, Israel, Lesotho, Mosambik, Namibia, Simbabwe und Südafrika. Ausgenommen sind Schweizer Bürgerinnen oder Bürger sowie Personen, die über eine Aufenthaltserlaubnis in der Schweiz verfügen. Sie müssen einen negativen Covid-19-Test vorlegen und sich für zehn Tage in Quarantäne begeben - auch wenn sie geimpft oder genesen sind. Dasselbe gilt für alle Rei-



(Illustration: SSI)

senden aus Belgien. Diese Test- und Quarantänepflicht soll laut dem Bund auf weitere Länder ausgedehnt werden, in denen die neue Virusvariante nachgewiesen wird. Ausgenommen sind die Nachbarländer der Schweiz. Einreisende aus Ländern mit der besorgniserregenden neuen Coronavirus-Variante

sollen zudem nicht mit dem öffentlichen Verkehr vom Flughafen nach Hause fahren.

Laut BAG gibt die neu entdeckte Virusvariante B.1.1.529 Anlass zur Sorge. Sie weise mehr Mutationen auf, als der Wissenschaft von anderen besorgniserregenden Coronavirus-Varianten bekannt seien. Die Welt-

gesundheitsorganisation (WHO) hat diese neue Variante als besorgniserregend eingestuft. Es bestehe die Möglichkeit, dass die bisherigen Impfstoffe weniger wirksam seien, hiess es.

## Auffrischimpfung für fast alle

Bei der Auffrischimpfung gegen Covid-19 drückt das BAG nun aufs Tempo. Zusammen mit der Eidgenössischen Kommission für Impffragen (Ekif) empfiehlt es diese für alle über 16 Jahre - und nicht mehr länger nur für über 65-Jährige. Die Empfehlung steht im Einklang mit dem Zulassungsentscheid der Heilmittelbehörde Swissmedic, wie das BAG am Freitag mitteilte. Diese hatte die Auffrischimpfung mit dem Vakzin von Moderna am Freitag für Erwachsene ab 18 Jahren zugelassen.

Bislang haben laut BAG über 350 000 Personen eine Auffrischimpfung erhalten. Dabei handelt es sich um über 65-Jährige sowie um jüngere besonders gefährdete Personen mit dem höchsten Risiko, schwer zu erkranken. Sie sollen weiterhin prioritär Zugang zur Auffrischimpfung erhalten. Bei rund 1,2 Millionen Perso-

nen über 65 Jahren ist die vollständige Impfung laut BAG sechs Monate her. Für sie soll eine Auffrischimpfung im November oder Dezember erfolgen.

Die sogenannte Booster-Impfung soll frühestens sechs Monate nach vollständiger Impfung erfolgen. Ziel der BAG- und Ekif-Empfehlung ist es, eine Überlastung der Gesundheitsversorgung zu verhindern.

Wieder über 8000  
neue Ansteckungen

Am Freitag wurden dem BAG für die Schweiz und Liechtenstein innerhalb von 24 Stunden 8032 neue Coronavirus-Ansteckungen gemeldet. Gleichzeitig registrierte das BAG zwölf neue Todesfälle und 106 neue Spitaleintritte.

Die Reproduktionszahl R, die angibt, wie viele Personen eine infizierte Person im Durchschnitt ansteckt, lag vor zehn Tagen bei 1,29. Die Auslastung der Intensivstationen in den Spitälern beträgt zurzeit 81,5 Prozent. 22 Prozent der verfügbaren Betten sind von Covid-19-Patienten belegt. 65,47 Prozent der Bevölkerung sind vollständig geimpft. (sda)